



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**



7255/13

(OR. en)

PRESSE 98
PR CO 16

MITTEILUNG AN DIE PRESSE

3230. Tagung des Rates

Auswärtige Angelegenheiten

Brüssel, den 11. März 2013

Präsidentin **Catherine Ashton**
Hohe Vertreterin der Union für Außen- und
Sicherheitspolitik

P R E S S E

Wichtigste Ergebnisse der Ratstagung

Die Minister haben mit dem Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga für Syrien, Lakhdar Brahimi, über die Lage in Syrien beraten.

*Nach einer Überprüfung hat der Rat die restriktiven Maßnahmen der EU gegen **Iran** als Reaktion auf die schweren **Menschenrechtsverletzungen in diesem Land** verlängert und verschärft.*

*Der Rat hat im Vorfeld der Beratungen des Europäischen Rates am 14./15. März eine umfassende Aussprache über die strategische Partnerschaft der EU mit **Russland** geführt.*

INHALT¹

TEILNEHMER	4
-------------------------	----------

ERÖRTERTE PUNKTE

Russland.....	6
Japan.....	6
Irak.....	6
Südliche Nachbarschaft.....	6
Syrien.....	7

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE*AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN*

– Waffenhandelsübereinkommen.....	8
– Aktualisierung der Gemeinsamen Militärgüterliste der EU.....	8
– Iran – restriktive Maßnahmen.....	8
– Pakistan.....	8

GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

– Erkenntnisse aus der GSVP.....	9
----------------------------------	---

¹

- Sofern Erklärungen, Schlussfolgerungen oder Entschlüsse vom Rat förmlich angenommen wurden, ist dies in der Überschrift des jeweiligen Punktes angegeben und der Text in Anführungszeichen gesetzt.
- Dokumente, bei denen die Dokumentennummer im Text angegeben ist, können auf der Website des Rates <http://www.consilium.europa.eu> eingesehen werden.
- Rechtsakte, zu denen der Öffentlichkeit zugängliche Erklärungen für das Ratsprotokoll vorliegen, sind durch * gekennzeichnet; diese Erklärungen können auf der genannten Website des Rates abgerufen werden oder sind beim Pressedienst erhältlich.

TEILNEHMER

Hohe Vertreterin:
Catherine ASHTON

Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik

Belgien:
Didier REYNDERS

Vizepremierminister und Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, des Außenhandels und der Europäischen Angelegenheiten

Bulgarien:
Ivan NAYDENOV

Stellvertretender Minister für auswärtige Angelegenheiten

Tschechische Republik:
Karel SCHWARZENBERG

Erster stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten

Dänemark:
Nicolai WAMMEN

Minister für europäische Angelegenheiten

Deutschland:
Guido WESTERWELLE

Bundesminister des Auswärtigen

Estland:
Urmas PAET

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Irland:
Eamon GILMORE

Stellvertretender Premierminister (Tánaiste) und Minister für auswärtige Angelegenheiten und Handel

Griechenland:
Dimitrios KOURKOULAS

Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

Spanien:
José Manuel GARCIA-MARGALLO

Minister für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit

Frankreich:
Laurent FABIUS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Italien:
Marta DASSÙ

Staatssekretärin für auswärtige Angelegenheiten

Zypern:
Ioannis KASOULIDES

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Lettland:
Edgars RINKEVIČS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Litauen:
Linus A. LINKEVIČIUS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Luxemburg:
Jean ASSELBORN

Stellvertretender Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten

Ungarn:
János MARTONYI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Malta:
Marlene BONNICI

Ständige Vertreterin

Niederlande:
Frans TIMMERMANS

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Österreich:
Michael SPINDELEGGER

Vizekanzler und Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten

Polen:

Radosław SIKORSKI

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Portugal:

Miguel MORAIS LEITÃO

Beigeordneter Staatssekretär beim Minister für auswärtige Angelegenheiten, zuständig für europäische Angelegenheiten

Rumänien:

Titus CORLĂȚEAN

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Slowenien:

Igor SENČAR

Staatssekretär, Ministerium für auswärtige Angelegenheiten

Slowakei:

Miroslav LAJČÁK

Stellvertretender Premierminister und Minister für auswärtige Angelegenheiten

Finnland:

Erkki TUOMIOJA

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Schweden:

Carl BILDT

Minister für auswärtige Angelegenheiten

Vereinigtes Königreich:

William HAGUE

Erster Minister, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealth-Fragen

Kommission:

Andris PIEBALGS

Kristalina GEORGIEVA

Štefan FÜLE

Mitglied

Mitglied

Mitglied

Die Regierung des Beitrittsstaates war wie folgt vertreten:

Kroatien:

Vesna PUSIĆ

Erste Stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für auswärtige und europäische Angelegenheiten

ERÖRTERTE PUNKTE

Russland

Der Rat hat im Vorfeld der Beratungen des Europäischen Rates am 14./15. März eine umfassende Aussprache über die strategische Partnerschaft der EU mit Russland geführt. Dabei ging es um die innenpolitischen Entwicklungen, die außenpolitische Zusammenarbeit und den Stand der Beziehungen zwischen der EU und Russland.

Die Minister kamen überein, sich weiterhin um konstruktive Kontakte zu Russland in den Bereichen von gemeinsamem Interesse zu bemühen und die allgemeinen strategischen Beziehungen zu verstärken, und wiesen gleichzeitig auf die Verpflichtung Russlands zur Gewährleistung demokratischer Rechte und Freiheiten im Einklang mit den in der OSZE und im Europarat eingegangenen Verpflichtungen hin.

Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik wird dem Europäischen Rat über die Ergebnisse der Beratungen berichten.

Japan

Der Rat hat die Beziehungen der EU zu Japan im Hinblick auf das Gipfeltreffen EU-Japan am 25. März erörtert. Auf dem Gipfeltreffen sollen die Verhandlungen mit Japan über ein Freihandelsabkommen und ein Rahmenabkommen aufgenommen werden. Außerdem stehen die globale Wirtschaftslage und die regionale Sicherheit in Südostasien auf der Tagesordnung.

Irak

Der Rat hat einen Gedankenaustausch über die Lage in Irak, darunter auch über die Auswirkungen des Konflikts in Syrien, geführt.

Südliche Nachbarschaft

Der Rat hat Kenntnis von den Entwicklungen in ihrer südlichen Nachbarschaft genommen, wobei der Schwerpunkt auf Ägypten, Libyen und Tunesien lag.

Syrien

Während eines Arbeitssessens berieten die Minister mit dem Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga für Syrien, Lakhdar Brahimi, über die Lage in Syrien.

Nach den Beratungen hob die Hohe Vertreterin der Union hervor, dass die EU die Bemühungen des Sonderbeauftragten, einen Raum für politischen Dialog zwischen der Opposition und Vertretern des Regimes zu schaffen, weiterhin nachdrücklich unterstütze. Es könne nur eine politische Lösung für diese Krise geben, und die EU sei bereit, auf jede denkbare Weise dazu beizutragen. Gleichzeitig sei die EU entschlossen, die Hilfe für die syrische Bevölkerung und die Unterstützung der Opposition zu verstärken.

SONSTIGE ANGENOMMENE PUNKTE

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Waffenhandelsübereinkommen

Der Rat ermächtigte die Kommission, im Rahmen der Vereinten Nationen über jene Fragen des Vertrags über den Waffenhandel zu verhandeln, die in die ausschließliche Zuständigkeit der Union fallen.

Aktualisierung der Gemeinsamen Militärgüterliste der EU

Der Rat nahm die jährliche Aktualisierung der Gemeinsamen Militärgüterliste der EU betreffend Güter an, die unter die gemeinsamen Regeln der EU für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern fallen.

Iran – restriktive Maßnahmen

Der Rat verlängerte und verschärfte die Sanktionen der EU gegen den Iran, die aufgrund der schweren Menschenrechtsverletzungen verhängt worden waren. Weitere Informationen sind der Pressemitteilung [6324/13](#) zu entnehmen.

Pakistan

Der Rat nahm folgende Schlussfolgerungen zu Pakistan an:

1. "Unter Hinweis auf ihre Schlussfolgerungen vom Juni 2012 bekräftigt die Europäische Union, dass sie weiterhin entschlossen daran festhält, ihre Beziehungen zu Pakistan zu vertiefen und auszuweiten. Im Mittelpunkt ihres Engagements steht die Stärkung der Demokratie in Pakistan.
2. Die EU sieht den anstehenden Wahlen mit Interesse entgegen und erwartet, dass diese Wahlen friedlich verlaufen und glaubwürdig und transparent sein werden, und dass sie zudem alle Seiten einschließen und für das pakistanische Volk annehmbar sein werden. Unter der Leitung einer unabhängigen Wahlkommission sollten diese Wahlen erstmals den Übergang der Macht von einer gewählten Regierung auf die nächste ermöglichen. Außerdem ist es sehr wichtig, dass die Wahl in einem Umfeld stattfindet, das frei von Einschüchterung und Zwang ist. Die Europäische Union ist bereit, durch Entsendung einer Wahlbeobachtungsmission als sichtbares Zeichen für unsere Unterstützung des Demokratisierungsprozesses zu helfen.

3. Die EU unterstützt Pakistan dabei, der Rechtsstaatlichkeit und den Menschenrechten Geltung zu verschaffen. Die EU verurteilt entschieden alle Gewalttaten, einschließlich religiös motivierter Gewalthandlungen und Gewalthandlungen gegen Frauen, Kinder und besonders schutzbedürftige religiöse Minderheiten. Sie fordert die pakistanische Regierung eindringlich auf, die Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um die Rechte aller betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu schützen und die Täter vor Gericht zu bringen. Für die Zukunft des Landes ist es unerlässlich, dass alle pakistanischen Kinder das Recht auf Bildung haben, ohne dabei von Gewalt durch Extremisten bedroht zu sein.
4. Der strategische Dialog bildet auf lange Sicht das Fundament für die Vertiefung der Beziehungen der EU zu Pakistan. Die EU hofft, dass der fünfjährige Maßnahmenplan, der die Grundlage dieses strategischen Dialogs mit der nächsten pakistanischen Regierung bilden wird, eine neue Dynamik erhält, unter anderem durch baldmöglichst nach den Wahlen anzuberaumende Tagungen auf Ministerebene und auf der Ebene hochrangiger Beamter; dies könnte vor dem Hintergrund der erzielten Fortschritte in ein drittes Gipfeltreffen EU-Pakistan einmünden. Die EU stellt fest, dass es für die nächste pakistanische Regierung dringend erforderlich ist, Maßnahmen zu ergreifen, um die wesentlichen politischen, institutionellen, wirtschaftlichen sowie steuer- und energiepolitischen Reformen sicherzustellen, und ruft deshalb die politischen Parteien Pakistans auf, die nötige Dynamik zu erzeugen, damit hierüber Einvernehmen erzielt werden kann. Der Rat bekräftigt, dass der fünfjährige Maßnahmenplan die Grundlage für die Hilfe für Pakistan bleiben sollte. Im Rahmen ihres Engagements hat die EU Pakistan durch die Einführung autonomer Handelspräferenzen, für die sie eine Ausnahmegenehmigung der WTO erhalten hat, bereits einen besseren Marktzugang gewährt.
5. Pakistan spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung der Stabilität in Südasien, unter anderem auch durch die Initiative "Im Herzen Asiens". Die EU ermutigt zu einem neuen Verständnis und zu kontinuierlichen Fortschritten in den indisch-pakistanischen Beziehungen und unterstützt den weiteren Ausbau regionaler Handelsbeziehungen, die der gesamten Region zugutekämen. Die EU begrüßt und unterstützt die konstruktive Rolle, die Pakistan bei der Förderung der Sicherheit in Afghanistan und der Unterstützung eines unter afghanischer Führung stehenden Friedens- und Aussöhnungsprozesses spielt."

GEMEINSAME SICHERHEITS- UND VERTEIDIGUNGSPOLITIK

Erkenntnisse aus der GSVP

Der Rat nahm Kenntnis von dem "ersten gemeinsamen zivil-militärischen Bericht über Erkenntnisse und bewährte Verfahren im Rahmen der GSVP für das Jahr 2011" sowie von dem Bericht über die "Erkenntnisse aus der GSVP-Unterstützung für die Reform des Sicherheitssektors".